

SP fordert mehr bezahlbaren Wohnraum für die Einsiedler Bevölkerung

Mittels einer gestern Montag beim Rathaus eingereichten Initiative soll im Bezirk Einsiedeln die Wohnungsnot bekämpft werden.

MAGNUS LEIBUNDGUT

Wer eine Wohnung sucht, findet kaum etwas Bezahlbares – das ist unterdessen auch in ländlichen Regionen wie Einsiedeln der Fall: Auch dort ist die Nachfrage nach preiswertem Wohnraum grösser als das Angebot.

Die Folge: Die Mieten für freie Wohnungen steigen. Die Krise spitzt sich zu – und einfache Lösungen sind rar. Mittlerweile ist auch der Mittelstand stärker von der Wohnungsnot betroffen. Die bürgerlichen Parteien versuchen, dieses Problem mit marktwirtschaftlichen Mechanismen zu lösen. Neu- oder Umbauten führen aber derweil oft wieder zu höheren Mieten.

«Einheimische sind gezwungen, von Einsiedeln wegzuziehen»

«Der Wohnungsbau konnte in den letzten Jahren nicht mit dem Bevölkerungswachstum mithalten», heisst es im Initiativtext der SP Einsiedeln: «Zudem verschwindet in Einsiedeln günstiger Wohnraum.» Hohe Renditeerwartungen und schlechte Bausubstanz seien hierfür die Gründe.

Die Leerstandsquote bei den Mietwohnungen liege bei



SP-Kantonsrat Franz Camenzind und Johannes Borer, Präsident SP Einsiedeln, überreichen Landschreiber Patrick Schönbächler vor dem Rathaus 463 Unterschriften (von rechts): Die Initiative fordert Massnahmen, die zur Förderung und Realisierung von bezahlbarem Wohnraum im Bezirk Einsiedeln führen sollen.
Foto: Magnus Leibundgut

tiefen 0,33 Prozent (Kanton Schwyz: 0,5 Prozent, Schweiz: 1,15 Prozent). Die Mieten seien in den letzten fünf Jahren um rund zwölf Prozent gestiegen. «Die Einkommensentwicklung konnte da nicht mithalten», ist dem Text zur Initiative zu entnehmen: «Betroffen von den stark steigenden Mieten sind vor allem junge Erwachsene, Familien und Personen mit tiefen Einkommen und Renten.» Fänden diese keinen bezahlbaren Wohnraum, seien sie gezwungen wegzuziehen, auch Einheimische.

Der Bezirk soll bezahlbaren Wohnraum schaffen

Für die SP Einsiedeln ist klar: «Es braucht nicht nur mehr, sondern auch erschwingliche Wohnungen.» Angesichts der knappen Flächen bleibe fast nur die Verdichtung dort, wo bereits Wohnhäuser stehen würden. Aus diesem Grund hat die Partei eine Initiative lanciert, dank welcher der Bezirk dazu aufgerufen wird, bezahlbaren Wohnraum in Einsiedeln zu fördern und zu realisieren.

Der Bezirk steht derweil selber unter Druck: In Einsiedeln mangelt es an sozialem Wohnraum. Nun ergreift der Bezirk die Flucht nach vorn und bringt die Umnutzung des alten Schulhauses in Trachslau an die Urne – im Fokus steht eine Ausgabenbewilligung in der Höhe von 330'000 Franken, über die am 24. November abgestimmt wird.